



Schleswig-Holstein
Flensburg · Kiel · Lübeck

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 18/2358

IHK Schleswig-Holstein | 24100 Kiel

Übermittlung online

per E-Mail an:
Wirtschaftsausschuss
Herrn Thomas Wagner
Schleswig-Holsteinischer Landtag
wirtschaftsausschuss@landtag.ltsh.de

Federführung Verkehr

Ihr Ansprechpartner:
Rüdiger Schacht
Telefon:
0451 6006-183
Telefax:
0451 6006-4183
E-Mail:
schacht@ihk-luebeck.de

28. Januar 2014

Ihr Schreiben vom: 17.12.2013 // Ihr Zeichen: L 214
Keine Ausweitung der Lkw-Maut
Antrag der Fraktion der FDP - Ducksache 18/1137

Sehr geehrter Herr Wagner,

die IHK Schleswig-Holstein bedankt sich für die Möglichkeit, zum o.g. Antrag der FDP-Fraktion im schleswig-holsteinischen Landtag Stellung nehmen zu können. Die IHK Schleswig-Holstein spricht sich zum jetzigen Zeitpunkt gegen eine Ausweitung der Lkw-Maut auf Bundesstraßen aus. Die gilt ebenso für eine Ausweitung auf Landes- bzw. Kommunalstraßen. Im Ergebnis plädieren wir für die Annahme des FDP-Antrages.

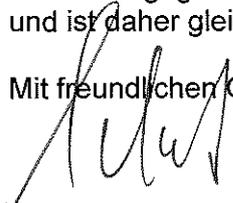
Bei 55 Mrd. Euro jährliche Einnahmen aus dem Straßenverkehr ist kein Einnahmeproblem festzustellen. Zu fordern ist vielmehr ein Gesamtkonzept zur Infrastrukturfinanzierung ohne eine Mehrbelastung der Wirtschaft. Einzelmaßnahmen wie die Ausweitung der Lkw-Maut müssen solange unterbleiben.

Die Erhebung einer flächendeckenden Maut kann allenfalls ein letzter Baustein für die Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur sein, falls die Politik garantieren kann, dass die Gelder den Ländern und Kommunen auch zu 100 Prozent für die Reinvestition in Straßen zur Verfügung gestellt werden. Das ist zur Zeit nicht der Fall. Die Verwendung der zusätzlichen Abgabe für Zwecke der Infrastrukturverbesserung ist zudem rechtlich keinesfalls gesichert. Die Vorschläge existieren zur Zeit nur als Vorschläge der Bodewig-Kommission und sind in die Koalitionsvereinbarung eingeflossen.

Die Systemkosten bei der Erhebung der Lkw-Maut sind bereits jetzt relativ hoch. Die Einnahme/Ausgabe-Schere öffnet sich in der Fläche weiter, da relativ geringe Einnahmen hohen fixen Systemkosten gegenüberstehen. Die Wirtschaftlichkeit der Erhebung ist deshalb vorher unter Beweis zu stellen.

Die Erhebung einer Lkw-Maut auf allen Bundesstraßen sowie die Ausweitung auf Landes-, Kreis- und Gemeindestraßen würde vor allem die heimischen Speditionen treffen, denn diese haben in den letzten Jahren vor allem im Fernverkehr und im internationalen Verkehr Marktanteile verloren und operieren verstärkt im untergeordneten Straßennetz. Eine Herabsetzung der Tonnagegrenze auf 7,5 bzw. 3,5 t. die regionale Logistikwirtschaft zusätzlich belasten und ist daher gleichfalls abzulehnen.

Mit freundlichen Grüßen



Rüdiger Schacht